Immer die Nase im Wind

Nachrichten aus dem Netzwerk Sozialpsychiatrischer Dienste in Deutschland

BVÖGD Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.

DGPPN Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde

LVGAFS Niedersachsen e.V.

Wie lassen sich Zwang und Gewalt in der psychiatrischen Versorgung vermindern?

Diese 25. Ausgabe unserer Netzwerk-Nachrichten ist einem Thema gewidmet, das gerade für die Sozialpsychiatrie mit ihrem emanzipatorischen Anspruch ebenso bedeutsam wie im Alltag nur schwer anzugehen ist. Angesichts all der anderen dringlichen und wichtigen Engagements zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der psychiatrischen Versorgung unterbleiben vielerorts ernsthafte und nachhaltige Bemühungen um eine Reduktion von Zwang und Gewalt in der Psychiatrie. Nun hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) im September 2015 im Rahmen seiner Ressortforschung eine Projektförderung zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem ausgeschrieben. Zwei Antragsteller erhielten im Oktober 2016 den Zuschlag für eine dreijährige Projektförderung mit der Auflage einer engen wechselseitigen Abstimmung.

Eine Forschergruppe um Prof. Tilmann Steinert erstellt eine umfassende Bestandsaufnahme, die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde (BAG GPV) und die Aktion Psychisch Kranke (APK) kümmern sich um Möglichkeiten der Verringerung und Vermeidung von Zwangsmaßnahmen. Hierbei kooperieren BAG GPV und APK in ihrer Projektgruppe mit der Universität Hamburg sowie den Universitätskliniken in Berlin (Charité) und Hamburg (UKE). In mehreren Regionen werden Teilprojekte durchgeführt, in deren Mittelpunkt verschiedene Interventionen zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen stehen. Die Sicht der Betroffenen wird aktiv in den Forschungsprozess einbezogen, und auch die Dimension der regionalen Verbundarbeit spielt eine wichtige Rolle.

Die Projektarbeit zielt darauf, wie durch die enge und verbindliche Zusammenarbeit der Einrichtungen und Dienste in den Verbünden vor Ort kontinuierlich Zwang und Gewalt verringert und vermieden werden können. Dabei geht es um Unterbringungen sowohl in Kliniken als auch in (geschlossenen) Heimen mit den damit verbundenen freiheitseinschränkenden Maßnahmen (z. B. Fixierungen, Zwangsbehandlungen). Die Vermeidung von Zwang und Gewalt setzt voraus, dass ihr Zustandekommen und ihre Umsetzung konsequent untersucht werden. Was sind die konkreten Ursachen, und wie gestaltet sich die Anwendung von Gewalt und Zwang? Auf Grundlage der daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die dazu beitragen, Gewalt und Zwang schrittweise zu verringern bzw. zu vermeiden. Mithilfe eines mit den Regionen gemeinsam zu entwickelnden *Monitoring*-Systems soll dann überprüft werden, ob und wie die Maßnahmen hilfreich sind und ihr Ziel erreichen.

Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) übernehmen in den Gemeindepsychiatrischen Verbünden zentrale Funktionen einer ambulanten Grund- und Pflichtversorgung für psychisch erkrankte Menschen. Dazu gehören insbesondere die niederschwellige, flexible und sozialraumorientierte Beratung, Betreuung und Begleitung Betroffener und ihrer Angehörigen sowie die Vermittlung, Planung und Koordination von Hilfen. Es geht in den SpDi aber auch um Krisenintervention und Notfallhilfe, oft mit der Übernahme hoheitlicher Aufgaben. Aufgrund ihrer Aufgabenstellung haben die SpDi viel zu tun mit Zwang und Gewalt in der psychiatrischen Versorgung, deshalb sollen sie im Projekt eingebunden werden in die Bemühungen auf regionaler Ebene, dies möglichst zu vermeiden. Die BAG GPV hatte bereits im Vorfeld der Antragstellung auf entsprechende Bitte die Zusage unseres Netzwerks erhalten, im geplanten Fachbeirat die Umsetzung zu unterstützen – wir berichteten darüber in den Netzwerk-Nachrichten 4/2016. Matthias Rosemann (projekt@bag-gpv.de) als Projektleiter sowie Matthias Albers (matthias.albers@stadt-koeln.de) und Klaus Obert (k.obert@caritas-stuttgart.de) als unsere Vertreter im Fachbeirat und in der Steuerungsgruppe sind für Nachfragen und Anregungen auch aus dem Kreis der SpDi ansprechbar.

Kontakt/Koordination:
Sabine Erven • Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Nds. e. V. • Fenskeweg 2 • 30165 Hannover • Tel. 0511/3881189121 • E-Mail: sabine.erven@gesundheit-nds.de

Kooperationspartner:

CBP · Caritas · DGSP Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. · Psychiatrie Verlag · Landesfachbeirat Psychiatrie Niedersachsen · DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND · AWO · Diakonie Deutschland · Bundesverband evangelische Behindertenhilfe BeB

downloaded from www.psychiatrie-verlag.de/zeitschriften/sozialpsychiatrische-informationen